

Konjunkturpolitik im Schuldensumpf



Andrea Caroni,
Rechtsanwalt, ist
Nationalrat (FDP) von
Appenzell Ausserrhoden

Die EU steckt tief im Sumpf ihrer Schulden- und Wirtschaftskrise. Auf dem Wegweiser auf dem Pfad hinaus steht gross «Austerität». Zu Deutsch: Als erstes müssen die Staatsfinanzen ins Lot. Doch sparen ist schmerzhafter, als es das Verschleudern auf Pump damals war. Wer den Austeritätspfad beschreitet, dem folgen die Wähler nicht. Die internationale Linke von Paris bis Athen spielt bevorzugt daher das Lied einer «Wach-

tumspolitik.» Sie meint damit allerdings nicht attraktive Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft für ein langfristiges Wachstum. Vielmehr meinen Hollande & Co. damit, dass der Staat durch Mehrausgaben die wirtschaftliche Delle ausbügeln soll. Was ist von solcher Konjunkturpolitik zu halten?

Das Seco und die Eidgenössische Finanzkontrolle boten Mitte Mai Anschauungsunterricht. Sie berichteten über die Schweizer Erfahrung mit Konjunkturprogrammen. Zur Erinnerung: Der Bund beschloss 2009 und 2010 Stabilisierungsmassnahmen in drei Stufen von insgesamt 2.9 Milliarden; dazu kamen automatische Stabilisatoren (geringere Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben). Das Zeugnis ist durchzogen: Erstens flossen viele Mittel im falschen Zeitpunkt, nämlich als sich 2010 die Wirtschaft schon wieder erholte. Zweitens wirkten die Mittel oft am falschen Ort, namentlich in der Bauwirtschaft, während der Export litt. Drittens ist unklar, die Staatsausgaben auch private Ausgaben auslösten oder aber eher verdrängten (weil die Zusatzverschuldung Private verängstigte). Immerhin: Der Bund reagierte in begrenzten Schritten, und er hielt die Schuldenbremse ein, die ihm ja in guten Zeiten das Pölsterchen für den Abschwung ermöglicht hatte.

Was heisst das für die EU-Staaten im Schuldensumpf? Erstens: Konjunkturmassnahmen verfehlen oft ihr Ziel. Zweitens: Konjunkturmassnahmen müssen begrenzt sein, sonst flüchten private Investoren vor dem Schuldenwachstum (bereits jetzt ein Problem vieler EU-Staaten). Drittens: Man muss für Konjunkturmassnahmen in guten Zeiten Reserven bilden, denn wer wie die meisten EU-Staaten ‚in der Zeit‘ nicht sparte, hat ‚in der Not‘ nichts ausser noch mehr Schulden, die den Aufschwung erst recht abwürgen.

Fazit: Im Falle vieler EU-Staaten schafft der Pfad der Austerität erst den Spielraum für konjunkturelle Massnahmen. Er ist zwar hart. Aber wenigstens führt er aus dem Schuldensumpf hinaus, statt noch tiefer hinein.

folg, sondern die richtige Beratung in Bezug auf die Immobilie, die heutige und zukünftige Finanzsituation und das geeignete Finanzprodukt.

Die kürzlich angenommene Zweitwohnungsinitiative spaltet die Schweiz. Wie verändern sich die Marktpreise durch die künstliche Verknappung des Angebotes?

Alessandro Carriocca: Grundsätzlich braucht es Instrumente zur Steuerung des baulichen Wildwuchses in den Bergregionen. Weil jedoch die knapp angenommene Initiative für die gesamte Schweiz gilt und meines Erachtens zu generell ausgelegt wurde, glaube ich nicht an soziale und urbanistische Verbesserungen in den alpinen Tourismusregionen. Durch Verknappung des Immobilienmarktes kommt es kurzfristig zu weiteren Preiserhöhungen, die wir äusserst kritisch beobachten müssen.

Ist bei der Bank Julius Bär die Verwendung von Vorsorgegeldern für Wohneigentum ein substantielles Thema?

Alessandro Carriocca: Fakt ist, dass jährlich über 2.5 Milliarden Franken an Vorsorgegeldern in den Schweizer Immobilienmarkt fliessen, davon betroffen ist jede dritte Eigenheimfinanzierung. Unser typischer Bankkunde ist tendenziell nicht angewiesen auf BVG-Gelder. Trotzdem akzeptieren wir falls erforderlich einen Vorbezug oder Verpfändung, fördern diese Praxis aber nicht nachdrücklich. Skepsis ist vor allem angebracht wo wenige Ersparnisse vorhanden sind, hier intensivieren wir die Beratung.

Nachhaltiges Bauen ist das Schlagwort der letzten Jahre. Gibt die Bank Julius Bär Vorgaben bei der Kreditvergabe?

Alessandro Carriocca: In erster Linie finanzieren wir Einfamilienhäuser, welche an sich schon weniger nachhaltig sind als dichte Wohnsiedlungen im Stadtgebiet. Als Bank möchten wir die Finanzierung sicherstellen und den Bauherrn oder Käufer einer Immobilie beraten und begleiten aber nicht bevormunden. Verglichen mit dem Rest von Europa sind die schweizerischen Bauvorschriften und Normen in Sachen Nachhaltigkeit auf einem sehr hohen Niveau. Wir hoffen bald auf ein einheitliches europäisches Zertifizierungssystem, welches Ordnung in den heutigen Label-Dschungel bringen soll.

Niederlassungen in St.Gallen und Kreuzlingen

Julius Bär ist die führende Private-Banking-Gruppe der Schweiz, ausschliesslich ausgerichtet auf die Betreuung und Beratung von Privatkunden. Julius Bär betreute per Ende April 2012 Kundenvermögen von insgesamt 268 Milliarden Franken, einschliesslich verwalteter Vermögen in der Höhe von rund 178 Milliarden Franken. In der Ostschweiz ist die Bank Julius Bär mit Niederlassungen in St.Gallen und Kreuzlingen vertreten.